

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EJPD

Bern, 5. August 2024 / SO
VL_AIG_Wartefrist_d

Elektronischer Versand: vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

**Vernehmlassung zur Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes
(Anpassung der Wartefrist beim Familiennachzug von vorläufig
Aufgenommenen)
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Es ist für die Schweiz als Rechtsstaat wichtig, ihre internationalen Verpflichtungen, insbesondere jene aus der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), zu respektieren und umzusetzen. Die FDP Schweiz unterstützt grundsätzlich die Anpassung der Regelung zum Familiennachzug, um die gesetzlichen Bestimmungen in Einklang mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) zu bringen. Die Verkürzung der Wartefrist von drei auf zwei Jahre entspricht den Vorgaben des EGMR, auch wenn dies aus der EMRK selbst nicht zwingend herleitbar ist. Immerhin zeigt ein Vergleich mit anderen europäischen Ländern, dass die geplante Anpassung der Schweiz den internationalen Standards entspricht und die Attraktivität als Zielland kaum erhöht. Somit stellt die verkürzte keine Ausnahme dar, sondern fügt sich in die europäische Praxis ein. Entsprechend unterstützt die FDP die Vorlage, obschon sie materiell gesehen (also unter Ausblendung der erwähnten Rechtsprechung) die bisherige dreijährige Dauer bevorzugt hätte.

Die FDP betont die Wichtigkeit der Integration und der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Migrantinnen und Migranten. Wir unterstützen daher die Beibehaltung der bestehenden Voraussetzungen für den Familiennachzug, wie etwa die finanzielle Unabhängigkeit und das Vorhandensein einer angemessenen Wohnung. Diese Bedingungen fördern die Selbstständigkeit der zuziehenden Familien und tragen zur Stabilität und Integration bei.

Es ist der FDP ein besonderes Anliegen, dass durch die Anpassung der Wartefrist kein Pull-Effekt auf die Schweiz entsteht. Die Kriterien für den Familiennachzug müssen daher streng bleiben, um sicherzustellen, dass keine erhöhte Migration in die Schweiz erfolgt. Nur durch die Beibehaltung strenger Vorgaben können wir die Integrität unseres Asylsystems und die Akzeptanz in der Bevölkerung bewahren.

Die Partei befürwortet zudem Massnahmen, die keine zusätzlichen Kosten für den Staat verursachen. Die vorgeschlagene Anpassung der Wartefrist ist kostenneutral, da die Anzahl der Familiennachzüge insgesamt nicht zunimmt.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Präsident



Thierry Burkart
Ständerat

Der Generalsekretär



Jonas Projer